

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtbauverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1530
Stadtkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 6.

Montag, 8. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Frangolin. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Silben) 60.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Fußschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigensatzung: 100.— Mark. In der Halle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Holzversteigerung auf Warbacher Forstrevier.

Saßhof zum „Eichenschloß“ Roffen, Donnerstag, den 18. Januar 1923, vorm. 10 Uhr: 1500 m. Stämme 10 30 cm, 160 eich. u. buch. Nische 18 45 cm, 1138 fl. Baum.

Stämme 5 6 cm, 5145 fl. Durchkanten 8 14 cm, 8200 fl. Reistannen 2 7 cm, 5 rm eich. Ruckhüpfel (Korbholz) von Durchfortlungen in Abt. 54, 58—60, 62, 63, 70, 71, 74, 78, 101, Durchfortlungen Abt. 63, 90, 91, Brücken Abt. 66. Forstrevierverwaltung Warbach b. Rostwin u. Forstrentamt Kuganfsburg.

Deutsches und Sächsisches.

Riesa, den 8. Januar 1923.

— Großer Wäschestahl — 50 000 Mark Belohnung. In der Nacht zum 7. Januar 1923 ist auf dem Rittergute in Promnitz durch Einbruch ins Wäschhaus nachfolgend aufgeführte Wäsche gestohlen worden: 9 weiße Bettlaken, 5 weiße Bettdecken, 12 weiße Kopfkissen, davon zwei mit Sticker gea. N. N., 1 weißes Fußtuch mit Sticker, 1 bunte Bettdecke, 6 große weiße Taschentücher, 14 weiße Servietten, 2 Kaffeetücher, 4 Kaffeetücher mit Goldsaum, 6 bunte Decken, 23 weiße Handtücher, 75 Taschentücher, 41 Paar Strümpfe; Herrenwäsche: 18 weiße und bunte Oberhemden, 5 Taghemden gewirkt, 9 Nachthemden, 3 Nachhemden, 11 gewirkte Unterhosen, 6 Kragen, 2 Paar Wäschehandschuhe, 1 einzelne Manschette, 3 Unterhemden gewirkt; Damenwäsche: 7 Nachthemden, 16 Taghemden, 10 Unterhosen, 3 Nachhemden, 3 Nachhemden, 6 Unterhosen, 1 weißer Unterrock, 4 Hemden gewirkt und 1 bunte Schürze. Gezeichnet war die Wäsche: T. P., N. N., N. N., E. N., E. N., G. N., G. N., S. N. für die Wiedererlangung der gestohlenen Wäsche bezw. die Ermittlung oder Namhaftmachung der Täter ist eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt.

— Diebstahl. In der Zeit vom 1. bis zum 5. Januar d. J. sind aus einem Gartenrandbüsche am hiesigen Lutherplatz etwa 4 m Kleider, 2 1/2 cm Karf, durch Abbrechen von der dort befindlichen Wasserleitung mit 2 Wasserhähnen gestohlen worden. Ferner sind aus einem verlassenen gewissen Räume des anrenzenden Hausgrundstückes durch gewaltsames Öffnen der Zugangstür wertvolle Gärtnerhandwerkzeuge und Baugen, die in einem gelbbraun lackierten Holzstapel mit der Aufschrift „Sponia“ aufbewahrt gewesen sind, entwendet worden. Es wird gebeten, sachdienliche Wahrnehmungen, die zur Ermittlung der Täter führen und Aufschluß über den Verbleib der Gegenstände geben können, dem hiesigen Kriminalamt mitzuteilen.

— Diebstahl auf dem Kanasaal. Am 7. Januar 1923, abends in der 11. Stunde wurde während der Tanzmusik in einem hiesigen Hotel von einem Tische eine Damenhandtasche aus braunem Leder mit mehreren Hundert Mark Inhalt und einem Paar Damenhandschuhen gestohlen. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die hiesige Polizei. — Postempfehlungs- und Sammelkarte. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Briefmarkensammler können sich von jetzt ab Stempelabdrücke der bei bestimmten Reichspostanstalten verwendeten Post-, Gelegenheits-, usw. Stempel für Sammlerzwecke dadurch verschaffen, daß sie die abzustempelnden, freigegebenen und mit vollständiger Aufschrift (eigene oder fremde) versehenen Sendungen (Druckstücke, Postkarte, Brief) der den Stempel führenden Postanstalt in einem Umschlag mit dem äußeren Kennwort „Sammel-Abstempelung“ übersenden. Als Abstempelungsgebühr, die zugleich die sonstigen Unkosten des Verfahrens bedecken soll, ist für jede abzustempelnde Sendung die Hälfte der jeweiligen Freigebühr für einen Fernbrief im Inlande bis 20 g (ursprünglich 12,50 M.) auf der Sendung neben der Freigebühr in Briefmarken zu entrichten. Die Angebräunung eines Post-, Gelegenheits-, usw. Stempels wird in der „Deutschen Verkehrszeitung“ Berlin, und in den „Verkehrsberichten für Post und Telegraphie“ (Verlag für Post und Telegraphie, Berlin W 30) veröffentlicht und den Sammlern zur Kenntnis gebracht. Auskunft erteilen auch die Postanstalten und die Postfiliale.

— Dritte Sächsische Landwirtschaftliche Woche. Vom 22.—26. Januar 1923 findet die 3. Sächs. Landw. Woche, eine Veranstaltung des Landeslandwirtschaftsverbandes in Dresden statt. Die Landw. Woche wird am Montag, den 22. Januar 1923, vormittags 10 Uhr, im Konzertsaal des Ausstellungspalastes, Vennstraße, durch den Vorsitzenden des Landeslandwirtschaftsverbandes, Geheimen Oekonomierat Dr. André, eröffnet. Versammlungen und Vorträge aus allen möglichen Gebieten der Landwirtschaft von namhaften Forschern und Führern der Landwirtschaft, u. a. Oekonomierat Dr. von Altrock-Berlin, Professor Dr. Richter-Dresden, Oekonomierat Lembe-Berlin, Tierärztliche Direktion Biersdorf, Professor Dr. Rappenburg, Professor Dr. Köhler-Wommritz, Oberinspektor Rippel-Steinach, von Knobelsdorf-Oldenburg, Professor Dr. Goltz-Weipzig, Professor Dr. Reuß-Bonn, Professor Dr. Danneberg-Berlin, Dr. Ratschke-Berlin, Geschäftsführer Schomerus-Dresden, Weinbaulehrer Weißer-Schloß-Pöhlitz, Dr. Felber-Halle, Professor Dr. Gerlach-Berlin, Professor Dr. Hingerling-Weipzig, Professor Dr. Haack-Berlin, Professor Dr. Krueger-Weipzig, sowie die Durchführung des sächsischen Landwirtschaftsfilms versprechen, die 3. Sächs. Landw. Woche sehr abwechslungsreich und interessant zu gestalten. Der Besuch kann daher den beteiligten Kreisen nur dringend angeraten werden. Jeder wird auf seine Kosten kommen und neue Eindrücke in sich aufnehmen und mit nach Hause nehmen. Das ausführliche Programm ist enthalten in der Nr. 1 der „Sächs. Landw. Zeitschrift“ vom 4. Januar 1923.

— Schulreform an den Schulen des Wirtschaftsministeriums. Der Wirtschaftsminister hat durch eine Verordnung eine Kommission mit der Aufgabe betraut, den Lehr- und Lehrstoff der sämtlichen Lehrbücher nachzuprüfen, die in den Schulen des Wirtschaftsministeriums benutzt werden. Die Prüfer sollen insbesondere daraufhin nachprüfen, ob der darin enthaltene Stoff dem Sinne und Geiste der gemeinsamen Verordnung

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 9426 Mark.

des Kultus- und Wirtschaftsministeriums vom 6. Juli 1922 entspricht (Verordnung zum Schutze des republikanischen Staatsgedankens in den Schulen). Die Kommission hat darauf zu achten, daß Aufsätze und Abhandlungen, die dem Geiste der republikanischen Staatsverfassung widersprechen, oder die durch die Zeitverhältnisse überholt sind, nicht mehr Bestandteil des Schulplanmäßigen Lehrstoffes sein dürfen. Ferner hat die Kommission Vorschläge zu machen, welcher neue Lehrstoff sich für die Lehr- und Lehrbücher eignen würde. Zur Durchführung ihrer Aufgaben kann sich die Kommission in Unterabteilungen gliedern und, soweit nötig, sich durch Hinzuziehen weiterer Berater ergänzen. Zu Mitgliedern der Lehrbuchkommission wurden ernannt die Ministerialräte Wühlmann und Dr. v. Wendt, sowie die Oberregierungsräte Dr. Werth und Benisch im Wirtschaftsministerium, ferner Generalsekretär Gallert, Professor Köhler-Weipzig, Lehrer Claus, Mitglied des Landtags, und Lehrer Bedel, Mitglied des Landtags. In der ersten Sitzung der Kommission, die der Wirtschaftsminister leitete, erklärte er, daß die Kommissionarbeit dazu beitragen müsse, den republikanischen Staatsgedanken in den Schulen heimisch und selbstverständlich zu machen. Staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Gedanken müßten mehr als bisher betont werden, ebenso die Bedeutung der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse und der wirtschaftlichen Machtverbände, außerdem auch das Betriebsrätegesetz. Dagegen müsse geschichtliche Schwülzigkeit wegfallen. Für parteipolitische Sonderbestimmungen dürfe in den Schulbüchern kein Raum sein. Auch die Frage, ob überhaupt ein Lehrbuch an den gewerblichen Schulen nötig sei, müsse die Kommission prüfen. Dabei sei zu bedenken, daß ein Lehrbuch die richtige Erklärung des Unterrichtes gewähre und dazu beitrage, daß die allgemeine Bildung neben der fachlichen nicht zu kurz komme. Das Vorhandensein eines Lehrbuchs schließe aber nicht aus, daß der Lehrer auch andere Stoffe, z. B. den Handeltreibenden, mit seinen Schülern lese. Der Wirtschaftsminister bestimmte in dieser Sitzung, daß die Kommission ihm persönlich unterstellt, im übrigen aber selbstständig sein soll. Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Ministerialrat Wühlmann ernannt. Jeder Vertreter der Kommissionsmitglieder und der Unterausschüsse mit Dritten hat über den Fortschritt zu berichten. Die Kommission hat sofort mit ihrer Arbeit begonnen und ist bereits dabei, sämtliche Lehr- und Lehrbücher der in Frage kommenden Fach-, Gewerbe- und Handelsschulen zur Einsichtnahme einzufordern.

— Die Lage der Schulamtskandidaten. Aus Kreisen der noch nicht fest angestellten Lehrer an höheren Schulen gehen uns folgende Mitteilungen zu: Durch den Krieg wurden die Kandidaten des höheren Schulamts durchschnittlich vier bis fünf Jahre älter als sonst. Jetzt zählt das Reich sogar eine erhebliche Menge von Lehrern über 40 Jahren ohne feste Anstellung. Die sächsische Volksschullehrerschaft kämpfte sich mit dem Schulamtsarbeitskreis bis zum 25. Dies gilt aber durchaus nicht für die höheren Schulen Sachsen, in denen, wie allgemein im Reich, Klassenärten von 60 bis 60 Schülern vorkommen. Wie soll man sich unter diesen Umständen eine individuelle Unterrichtsgestaltung denken? Diese Sparmaßnahme bedeutet jahrelanges Warten und allmähliches Wegwischen des akademisch gebildeten Lehrernachwuchses. Das Reichsministerium des Innern hat sich zwar dahin ausgesprochen, daß angesichts des in etwa acht Jahren ferner zu erwartenden Lehrermangels einer drohenden Abwanderung in andere Berufe vorgebeugt werden muß. Aber es läßt sich leider schon heute voraussagen, daß bis zur Anwendung wirkungsvoller Maßnahmen noch ein langer Weg ist. Die Pädagogischen Organisationen des Reiches haben für die Durchsetzung des Altersgrenzenforderung aufgestellt, wonach Beamte bis zu dem auf die Vollendung des 68. Lebensjahres folgenden 1. April bzw. 1. Oktober im Amte verbleiben können, wenn 1. die Ehefrau infolge Erkrankung noch fremder Wartung bedarf; 2. unterhaltungsbedürftige Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind und 3. bis 24 jährige Kinder vorhanden sind. Die noch in der Berufsausbildung befindlichen. Solange das Lehrangebot vollkommener ist, wird ausgebildeter Schulamtskandidaten besonders bei hohem Durchschnittsalter so groß sein können, solche Ausnahmen nicht in Frage kommen, da die Rot der stillenlosen Junglehrer in jedem Falle größer ist, als die eines mit Höchst Pension in den Ruhestand versetzten 65-jährigen Oberstudienrates.

— Reorganisationen der Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Gelegentlich der Beratung des Etats für das Jahr 1923 erklärte Wirtschaftsminister Fellsch in einer Landtagsrede, daß er eine Umorganisation der Landesstelle für Gemeinwirtschaft plane, um diese mehr der Praxis des Wirtschaftslebens anzupassen und nützlich zu machen. Diese Absicht ist nunmehr durchgeführt worden. Der bisherige Leiter der Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Schöppel, hat, wie bereits mitgeteilt, die Stellung mit dem 1. Januar d. J. verlassen und einen Beirath in der Technischen Hochschule in Dresden erhalten. Zum neuen Direktor der Landesstelle ist der schon bisher dort tätige wissenschaftliche Mitarbeiter Edmund Fischer ernannt worden. Um eine engere Verbindung zwischen der Landesstelle und der autonomen Landeszentral-

behörde zu ermöglichen, wurde der hauptamtlich dort tätige Genossenschaftsreferent Schember in das Wirtschaftsministerium abkommandiert. Jedoch unter Beibehaltung seiner Amtsstelle zur Landesstelle. Es und ihm sämtliche des Genossenschaftswesens betreffende Angelegenheiten zur Kenntnisnahme und zur Vorbereitung für den praktischen Studium oder zur Ausarbeitung von Vorschlägen vorzulegen. Der Referent für Arbeitsratorganisation, Dr. Nibel, ist unter Beibehaltung seiner Amtsstelle zur Landesstelle ins Arbeitsministerium abkommandiert worden, um dort die einschlägigen Fragen praktisch bearbeiten zu helfen und seine Erfahrungen für die Landesstelle für Gemeinwirtschaft zu sammeln. Durch neue vom Wirtschaftsministerium erlassene Ausführungsbestimmungen ist angeordnet worden, daß die Landesstelle für Gemeinwirtschaft die planmäßige Regelung auf öffentlich rechtlicher Grundlage für solche Wirtschaftswesen vorzubereiten hat, die nach ihrer Verfassung für die gemeinwirtschaftliche Regelung bestimmt sind und ihrer bedürfen. Besonders hat sie das Genossenschaftswesen in allen seinen Teilen zu fördern. Sie soll für die ergiebigste und zugleich schonendste Gestaltung der wirtschaftlichen Arbeit wirken. Außer dem Direktor und anderen behördlichen Mitarbeitern werden der Landesstelle mindestens 10, höchstens 20 vom Wirtschaftsministerium ernannte ehrenamtliche tätige Mitglieder beigegeben, die in dem Arbeitsgebiet der Landesstelle Sachverständige sind.

— Kostmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnern. Im Reichsgesetzblatt Nr. 85 ist eine Verordnung vom 20. Dezember 1922 über die Erhöhung der Unterstützungen für Rentner der Invaliden- und Angehörigenversicherung veröffentlicht. Darin werden die Höchstbeträge für das Gesamtjahreskommen mit Rückwirkung vom 1. Dezember 1922 ab wie folgt festgelegt, für den Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente 43 200 Mark, für den Empfänger einer Witwen- oder Witwenrente 34 200 Mark, für den Empfänger einer Witwenrente 19 200 Mark. Bei der anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung ist es dringend erforderlich, die Rentnerempfänger so rasch wie möglich in den Genuß der erhöhten Bezüge zu setzen. Um dies zu ermöglichen, hat sich das Reichsarbeitsministerium ausnahmsweise damit einverstanden erklärt, daß die Gemeinden die erhöhten Unterstützungen nach Sägen gewähren, die für die einzelnen Gruppen der Rentnerempfänger nach Bedürfnisgrad abgestuft sind. Dieses Verfahren ist jedoch nur im Augenblicke mit Rücksicht auf die Befreiung der Hilfsmittel zulässig. Späterhin muß der Grundlag, die Unterstützung der Bedürfnisse des einzelnen Falles möglichst genau anzupassen, wie bisher weiter beachtet werden.

— Der Preis für Rettungsmanufaktur. Die der Verein sächsischer Rettungsleger mittelst, ist vom 1. Januar ab das alte Zeitungspapier mit mindestens 400 Mark zu berechnen. Jeder Rettungsleiter kann sich also ein Abonnement auf die Zeitung bedeutend billiger, wenn er die gelefenen Blätter sammelt und an richtiger Stelle verkauft.

— Entlassungen aus der Fremdenlegation. Nach Mitteilung des Reichsministers des Innern haben Gesuche um Entlassung von französischen Fremdenlegationsräten, die sich im Alter von 20 Jahren und darüber verpflichtet hatten, und die sich um besondere Familienverhältnisse der Angehörigen wegen einziger Erwerb nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen auf Berücksichtigung zu rechnen. Weiter hat die Deutsche Botschaft in Paris darauf aufmerksam gemacht, daß in den ihr übermittelten Anträgen um Entlassung aus der Fremdenlegation eingereicht ist, um Berücksichtigung in der Bearbeitung derartiger Anträge zu vermeiden, hat die Botschaft gebeten, durch Sorge zu tragen, daß der Tag des Eintritts, soweit er den Angehörigen bekannt ist, in den Anträgen mitgeteilt wird. Es ist dieser Tag oder, falls er nicht bekannt sein sollte, wenigstens der Zeitraum, in dem die Verpflichtung oder der Austritt erfolgt sein muß, möglichst genau zu bezeichnen.

— Strepia. Vom 1. Januar 1923 ab werden die bisherigen Zuschläge zur Grundmiete (insgesamt 315 Proz. aufzudecken und dafür folgende Zuschläge für den Bezirk d. Stadt Strepia festgelegt: 40 Proz. für Jünger, 600 Proz. für Betriebskosten (Wassergeld hat der Mieter zu bezahlen), 800 Proz. für laufende Instandhaltungskosten (Wand-, Decken- und Fußbodenarbeiten) und der Mieter selbst zu bestreiten), 110 Proz. für große Instandhaltungskosten, 1400 Proz. insgesamt.

— Rollen. Ein Kuffen erregendes Vorkommnis spielte sich Freitag nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof ab. Ein von Wiesbaden nach der Station Roffen verziehender Eisenbahnbeamter glaubte in einem jungen Reisenden einen ihm von Wiesbaden her bekannten französischen Werber für die Fremdenlegation zu erblicken. Die sofort benachrichtigte Gendarmerie nahm sich des jungen Mannes an und konnte bald feststellen, daß es ein Doppeltgänger des berühmten Franzosen, ein in Biegenheim in Stellung befindlicher landwirtschaftlicher Beamter war. Der ihn begleitende junge Mann aus Wittenberg kam vom Stettenerhause. So hatte dieser außergewöhnliche Vorfall eine befriedigende Lösung gefunden.

— Dresden. Wie erst jetzt bekannt wird, ist der Inhaber eines der größten hiesigen Konfektionshäuser, der

Die heutige Sitzung der Reparations-

Paris. In der heutigen Sitzung der Reparations-Kommission in der Kohlenfrage wird gemeldet, daß nach der Anhörung der deutschen Vertreter die Kommission ihre Entscheidung nicht sofort fällen, sondern daß sie eine neue Sitzung auf Dienstag vormittag anberaumen werde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dann die Kommission mit allen Stimmen gegen die des englischen Vertreters zur Festsetzung einer abschließlichen Verleihung Deutschlands in der Kohlenfrage kommen. Dem „Petit Parisien“ zufolge wird in diesem Falle die Durchführung von Sanktionen sehr bald zu erwarten sein.

Eine französische Antwort an England.

Paris. Der frühere Finanzminister Klotz hat auf die gestrige Veröffentlichung der britischen Postkarte betr. Goldreserve eine Antwort erteilt und erklärt, das Abkommen vom 13. Dezember 1919 sei von der französischen Regierung nicht ratifiziert worden. Eine wesentliche Klausel habe Frankreich eine Anleihe auf dem englischen Geldmarkt in Aussicht gestellt. Er, Klotz, habe Anfragen erlassen, ob die Frage des Goldes abhängig sei von der Frage der Anleihe. Sir Basil Blackett habe am 31. Dezember 1919 geantwortet, daß nach der Ansicht des Schatzkanzlers das Abkommen einverstanden ganz bestehen oder verschwinden müsse. Die Klausel 7 jedoch, daß Frankreich die Rückzahlung des Goldes auf Grund des Abkommens von Calais nicht verlangen könne, bevor die französische Schuld beglichen sei, habe seine, des Finanzministers Zustimmung nicht erhalten. Infolgedessen sei auch eine französische Anleihe nicht erfolgt.

Wofür befehlt?

Paris. „Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß nach Nachrichten aus türkischer Quelle, für die noch keine Bestätigung zu erlangen sei, irreguläre arabische Revolutionäre Mosul befehlt und die Engländer vertreiben hätten. Die Engländer hätten sich von Bagdad auf Sindje zurückgezogen, wo sie Befestigungen errichtet hätten.

Die Angelegenheit der amerikanischen Rheinlandtruppen.

Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird der Senat, um dem Präsidenten in der Angelegenheit der Rheinlandtruppen die Hände zu binden, eine Bestimmung in das Gesetzesbuch einzufügen, nach der die Verwendung von Regierungsgeldern zur Aufrechterhaltung amerikanischer Truppen im Rheinlande verboten werden soll.

Sport.

W. f. B. 1. gegen Heringswalde 1. 2:0 (1:0). Bei günstigem Fußballwetter trafen sich obenbenannte Mannschaften in Heringswalde vor circa 1500 Zuschauern. W. f. B. Mannschaft führte ein gut durchdachtes Spiel vor, dem der Gegner nicht direkt gewachsen war. Die größte

Stärke von Heringswalde war der bewährte Mittelläufer Beremann. Bei der W. f. B. Mannschaft gab ein jeder sein Bestes her, besonders glänzte der Torwart Sommer, Verteidiger Bahl und Dießel, auch die Läuferreihe war auf ihrem Posten, besonders der Mittelläufer Riosch Otto, dem die Läufer Berner und Walter nicht nachstanden. Der schützende Sturm, Gans als links, Rücklich als rechts, verließen ihren Posten gut. Das Innen trio Brähler, Braune und Mlynjak als Ersatz setzten einen freundlichen Torstich. W. f. B. 2. gegen Nindrich 1. 2:4 (1:1). W. f. B. 2. gegen Elbflorenz Stredla 1. 2:0 (1:0). W. f. B. Knaben lomb. gegen W. f. B. 1. Knaben 0:3.

Plamannschaft. Rieser Sportverein (Plam): Teutonia-Chemnitz (Viga) 2:1 (2:0). Bei prächtigem Fußballwetter errangen die Rieser gestern abends einen Sieg auf heimlichem Boden. Damit sind auch dem Schwarzen Platz nunmehr mit Ausnahme von W. f. B., der unentschieden spielte, sämtliche Chemnitzer Plamannschaften von W. f. B. geschlagen worden. Beim Gegner gefehlt gestern bei der sehr zusammenfassenden Innenkurve, weniger die verhältnismäßig bedeckungsreichere Verteidigung. Auflockernd arbeitete in der zweiten Halbzeit der Rechtsaußen Fleischer. Bei den Nordstürmern hat die Verteidigung zusammen mit den äußeren Stürmern, selbstbewußt ihre Angriffe vortragenden Außenstürmern das Hauptverbleib am Siege. Die beiden Tore für Plama fielen durch den Rechtsaußen Hofmann, das erste durch Nachschuß aus nächster Nähe eines schlecht abgewehrten Balles, das zweite nach Alleingang Thonfelds aus einer von Gerbeth verläuterten Flanke Thonfelds, die Hofmann einschickte. Wie vor einigen Wochen National, so hatte Teutonia in der ersten Halbzeit bereits 2:0 verloren. Nach der Pause kann Söcking nicht mehr mitleiden, auch Thonfeld ist durch eine Beinverletzung vermindert, seine volle Kraft einzusetzen. Gerbeth wird verbleiblich von einem Mitspieler mit der Hand ans Auge getroffen und ist dadurch benachteiligt. Teutonia geht, als die letzte halbe Stunde beginnt, nach und nach voll aus sich heraus, vermag längere Zeit dem W. f. B. Tor recht gefährlich zu werden. Zur Freude unparteilicher Zuschauer gibt es nun auch bei den Chemnizern technisch hervorragende Leistungen bei den Außenstürmern zu sehen. Alle Bemühungen scheitern an der Rieser Hintermannschaft. Da läßt Jähnia, nachdem er einige schwere Sachen gehalten hat, einen nicht gefährlich aussehenden, sicher aber haltbaren weiten Flachschuß von Sommerich zum Erkennen aller, in die Knie gesunken, über sich ins Netz. Das ist für die Rieser ein Ansporn. Einmal wird auch im letzten Augenblick vom Ball gedrängt, ein anderer Thonfeld im Strafraum ungeschon zu Fall gebracht. Als der letztere kurze Zeit später wieder bis wenige Meter vor das Tor gekommen ist, nimmt ihm Wolf geschickt, allerdings tollkühn den Ball vom Fuß, einer der schönsten Augenblicke des Kampfes. Zum Schluß erhebt Teutonia Einspruch wegen zu langer Pause, die der Schiedsrichter „veranlaßt hat“. Das berührt recht merkwürdig. Der Schiedsrichter Paudert-Arminia Leipzig läßt sich jedoch

vollkommen im Recht und wird sich kaum durch diesen Versuch Teutonias „am grünen Tisch“ verblüffen lassen. Es ist sicher sportlich ein schöner Reiz, ein Spiel aus eigener Kraft zu gewinnen. Der Protest dürfte nach Meinung von Fachleuten kaum von Teutonia gemeldet werden.

Die 4. Mannschaft des W. f. B. war gegen Wägeln 2 mit 4:1 erfolgreich. Der Jugendmeister holte sich von Wägeln 1. Jugend ohne große Mühe mit 3:0 die Punkte, amal der Gegner mit 9 Mann spielte. Der Knabenmeister gewann gegen die 1. Knaben von W. f. B. Miesla nach beiderseits hübschen Leistungen mit 3:0. In dem Knabenpiel fiel kein einziger Straßstoß.

Das „Chemn. Tabl.“ berichtet über das gestrige Plamspiel Sportverein Miesla-Teutonia (2:1): Auch die letzte Chemnitzer Mannschaft, die auf der „Schwarzen Erde“ das fällige Plam-Meisterschaftsspiel austragen mußte, konnte die von den Riesern geerbte Tradition nicht brechen. Knapp geschlagen mußte Teutonia die Heimreise antreten, obwohl sie dem Spielverlauf nach eher einen Sieg verdient hätte. Lediglich das Verlassen ihres Tors durch den ersten Halbzeit, der zweimal den Rieser Rechtsaußen völlig ungedeckt ließ, brachte den Riesern zwei Tore ein, die Teutonia nach der Pause, zumal schon nach 30 Minuten Söcking infolge Unfalls (Auslösung des Anlegelentes) auszuscheiden mußte, trotz teilweise härteren Drängens nicht wieder ausholen konnte. Die Rieser, mit den Platzverhältnissen wohl vertraut, kämpften mit ungeheurer Wucht und größtem Eifer, insbesondere die Verteidigung Diegelo-Wähler. Leider streifte das Spiel der Rieser wiederholt die Grenzen des Erlaubten, so daß der Platzger Unparteiliche beispielsweise gegen 20 Straßhöfe über sie verhängen mußte. Teutonia war technisch die weit bessere Partei, konnte aber infolge des zu weichen Spielfeldes ihres Innenstürmers sich nicht durchsetzen. Was nützte alle oft wunderliche vorgetragene Angriffe, wenn im entscheidenden Augenblick die Krönung aller Angriffe, der Torstich, schiefte? Zu dem Spielverlauf sei kurz bemerkt, daß Miesla in der 12. und 22. Minute durch den Rechtsaußen Hofmann zweimal Tore konnte, welche Male nach guten Flanken des Rechtsaußen Thonfeld. Das Tor für Teutonia schoß in der zweiten Halbzeit Kommissar.

Stand der Plamspiele Kreis Mittelsachsen.

Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore	Punkte
W. f. B.	12	9	1	2	28:8 19:5
Breuben	14	9	2	3	41:23 19:9
Rieser W.	15	7	2	6	22:30 16:14
Teutonia	13	7	1	5	32:18 15:11
National	11	5	2	4	23:17 13:9
W. f. B.	13	4	5	4	23:23 13:13
Sturm	14	5	1	8	24:35 11:17
Delas	11	2	1	8	12:27 5:17
Mittweida	13	2	1	10	14:38 5:21

National-Breuben 1:1 abgebrochen, National 2 Punkte.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute letzter Tag: Der Großfilm der Ufa „Zum Paradies der Dämonen“.
Mia May
„Herrin der Welt“
 I. Teil: „Die Freundin des gelben Mannes“.
 Als Lustspiel: „Er, Harold Lloyd als Meisterbayer“. Vorführungen: 7 und 9 Uhr. Einlaß 7 Uhr. Um gütigen Zutritt bittet die Besizerin Anna Bach.
Voranzeige! Ab Freitag „Das blonde Verhängnis“.

Kammerlichtspiele
 Hauptstraße
 Nur noch heute:
 „In den Krallen der Gewalt“ u. „Karlchen“.
 Ab morgen Dienstag:
Frauenbeichte.
 „Die Beichte einer Mörderin“
 5 spannende Akte aus dem Leben einer schönen Frau.
 Ferner ein fabelhaftes Beiprogramm.
 Ab Freitag der große Sensationsfilm:
Marco, der Todeslandidat.
 In der Hauptrolle der moderne Hercules, der Held der Frauen. Fabelhafte Kraftleistungen. Der größte Konkurrent Racines! — 1 — 1! Höchste Spannung!
 — Täglich 7 und 9 Uhr. —
 Um recht regen Besuch bittet der Besizer R. Mared.

50000 Mk. Belohnung.
 In der Nacht vom Sonntag zum Montag, den 7. Januar, ist ein großer Bogen Leib-, Tisch u. Bettwände aus d. Wäschehaus des Rittergutes Bromnitz gestohlen worden. Obige Belohnung demjenigen, der die Wäsche wieder herbeischafft oder die Einbrecher ermittelt und namhaft macht. Verschwiegenheit zugesichert.

Vereinsnachrichten
 Sängerkreis. Heute abend Cafe Häbler (Trauer- gesang). Morgen Dienstag abend 8 Uhr Damenchor im Cafe Häbler. Donn. Singt. bei Höpfer.
 D. C. S. Donnerstag, 11. 1., 8 Uhr Mitglieder- versammlung Deutsches Haus. Wicht. Tagesordn.
 Ambition. Sonnabend, den 13. 1., 8 Uhr abends 84. Hauptversammlung Elbterrasse. Berichte, wichtige Tagesordnung. Anträge sind vorher einzureichen. — Stiftungsfest Freitag, 26. d. M.

Mittwoch, den 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Hotel zum Kronprinz, Miesla, eine **große öffentliche Bäcker- u. Konditorenversammlung** statt. Tagesordnung: 1. Unsere Lohnpolitik im alten und neuen Jahre. 2. Aufstellung der Forderungen für den Monat Januar.
 Referent: Kollege Friedrich, Dresden.
 Alle Kollegen von Miesla und Umgegend, vor allem die Kollegen vom Bund der Bäcker und Konditoren, sind zu dieser wicht. Versamm. eingeladen.
Zentralverband der Bäcker und Konditoren
 Zahlstelle Miesla. Emil Urbach, 1. Vors.

Defonomen-Verein Miesla.
Generalversammlung
 im Hotel Höpfer Sonnabend, 13. 1., nachm. 3 Uhr.
 Tagesordnung: Erhöhung der Beiträge.
 Der Gesamtvorstand.

Einfach! Dauerhaft! Billig!
 Diese drei Vorzüge genießen Sie beim Kauf einer Typenbebel.
Schreibmaschine „ROFA“
 Einfachste, solideste Büromaschine. Lieferung in einigen Tagen. Welt- gebendste Garantie. Erstklassige Referenz. Vert.: Hans Thalheim, Heringswalde i. S., Hauptstr. 118.

Heidestreu
 bester Ertrag für Stroh und Torfstreu, zu Mk. 2400.— je 50 kg, hat abzugeben
Vandwirtschaftliche Genossenschaft
 Strehla a. S.

Central-Arbeits-Bekleidung
 Daselbst ist wieder eine große Sendung Arbeits- sachen zu billigen Preisen eingetroffen.
 Breches-Polier in allen Farb. Eisenbahnerhosen, Wollhosen, Mil.-Hosen, Boden- u. Winterhosen, Pilotwesten, Manchester- Oberhosen, Tuchhosen (Schwarz), gestr. Westen, Kinder- u. Damenleinen, Regenmäntel, Frauen- hemden, Kinder-Anzüge (3-6 Jahre), Konfirmanden-Anzüge, Niemand verkäme die Gelegenheit.

Rittergut Promnitz.
 G. A. Rudolph.
Schülermütze
 am Sonntag abend gegen 7 Uhr von Bahnhof Miesla über die Flechbrücke ver- loren. Finderlohn 2 Stück Butter. Adr. i. Tabl. Miesla.

Eisen, Metalle, Möbel, Lumpen, Papier
Zelle aller Art, spez. Ziegels
 kauft
Karl Hofmann, Gröba, Telef. 676.
 An- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe.
 Gleichzeitig empfehle **gebrauchte Möbel.**

Lehrlings-Gesuch.
 Sohn achtbarer Eltern, intelligent, sucht unter günstigen Bedingungen **Wilhelm Jäger**, chem. Reinigungsanstalt und Färberei, Wartstr. 8.

Geschäftliche und private
 Drucksachen aller Art werden bei sauberster u. geschmackvoller Aus- führung in kürzester Zeit angefertigt von **Tagelblatt - Druckerei** Miesla, Goethestr. 59.

Neu-Weida
 Hauptstr. 30, II.
 Rein Laden. O. Wölfer
Morgen frische Seefische.
 Carl Jäger, Gröba.
Morgen fr. Seefisch
 Ernst Schäfer Nachf.
Achtung!
 Diese Woche täglich **frische Seefische.**
 Clemens Bürger.
 Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Hausmädchen
 für bald gesucht oder Auf- wartung für den ganzen Tag. Johanna Neumann, Schützenstr. 29.

Nicht lange überlegen, Nigrin kaufen, es gibt keinen besseren Schuhputz.

Edenburger Beser- marsch-Zuchtvieh.
 Bin mit 25 Stück bester Rube und Kalben, hoch- tragend u. mit Rälbern, sowie prima Zuchtbulben bei W. Müller, am Bahnh. Hof, eingetroffen und stelle selbige Dienstag, d. 16. Jan., dort a. Verkauf.
Paul Richter,
 Gröba/Miesla. Tel. 179.
 Gebrauchte Rinderbest. k. kaufen gel. Weinhöld, Sager Beibahn, W.-B. 18.

Brittentausgabe
 Dienstag, den 9. und Mittwoch, den 10. Januar.
Hans Ludwig,
 Gröba. Telefon 68.

Ein- u. Verkauf- geschäft
Schloßstr. 19.
 Täglich von 1 bis 7 Uhr abends geöffnet.
Gold, Silber, Platin
 Gegenstände und Bruch- sachen, Schmuck, Uhren und getrag. Kleidungsstücke.
Emil Kalusch.

Guter Verdienst durch Verkauf v. Schürzen, Unter- sachen u. Taschentücher an Privats. Laden nicht nötig.
 55-50000 Mk. erfol- gerl. Off. „Schließfach 22“ Dresden 24. Rückporto 22.
 Ein kräftiger, ehrlicher **Schulknabe**
 als Bote sofort gesucht.
Wilhelm Jäger,
 Wartstr. 8.

Spelsezwiebeln
 gesunde trockene Ware, empfiehlt HIL. nur zentr. erweise
G. Gruble, Miesla, Tel. 652.

Guter, Rindertwagen
 zu kaufen gesucht. Off. unt. V P 9840 an Tagelbl. Miesla.

Waschtische
 m. Marmorpl., Schränke, Tische, Stühle, Federbett, 2 eis. Bettst. u. Matr., 2 hölz. Bettst. u. Matr., Küchen-Inventar, Gefähr. u. imp. billigt
Friedr. Koch,
 Hauptstr. 19.

Piano
 oder Tafelklavier zu kaufen gesucht.
 Off. mit Weinhöld, unt. V L 9836 an Tagelbl. Miesla.

Das französische Rheinlandprogramm.

Der neue Krieg.

Nachdem Poincaré unter dem begeisterten Beifall der gesamten einflussreichen Presse Frankreichs den englischen Botschafter von der französischen Militärmaschine entfernt hat, beginnt sich dieser an technischer Vollkommenheit und motorischer Kraft in der Weltgeschichte noch nicht erlebte Apparat langsam in Bewegung zu legen. Was in der nächsten Zeit vor sich gehen soll, ist, wenn man es aller abvolatorischen Bemäntelungen entkleidet, nichts anderes als der Beginn eines neuen Krieges oder besser noch die Rückkehr zu den 1918 vorübergehenden ausgehenden Mitteln der Waffen, da in Wirklichkeit, wie es Clemenceau ja auch betont hat, die Kriegsführung durch die sogenannten Friedensdiktate auf eine besondere Weise fortgesetzt worden ist. Der neue Krieg erhält dadurch sein besonderes Gepräge, daß er durchaus einseitig geführt wird.

General Foch hat es sehr eilig mit der Verwirklichung seiner Pläne. Er will nicht einmal mehr bis zum 15. Januar warten, um dann auf Grund der deutschen Zahlungsunmöglichkeit marschieren zu können. Seine Truppen sind zum Teil heute schon in Alarmzustand verfaßt, dicke Schwärme von Fliegern „erkunden“ das französische Aufmarschgebiet. Die äußere Handhabung für ein allabwägendes Vorgehen der Franzosen soll die „Nichterfüllung“ der Kohlenverpflichtungen bilden, nachdem vorläufigerhand bereits vor der Pariser Konferenz die absichtliche Verletzung Deutschlands in der Frage der Holzlieferungen festgesetzt worden ist. Von amtlicher Seite wird in einer langen Auslassung die Unabbarkeit des französischen Standpunktes in der Kohlenfrage nachgewiesen. Der tatsächliche Rückstand, dessenwegen Frankreich seine Maßnahmen treffen will, beträgt nur 11 Prozent, also angesichts der Ungeheuerlichkeit der Forderungen ein geringfügiger Betrag. Hinsichtlich, daß Frankreich die Verletzungen des belagerten und ausgelegenen Deutschland mit der Forderung von 1918 in Vergleich stellt. Selbst der nicht-gesteuerte Nachtrag ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Frankreich willkürlich die Abnahme von Kohle und Kohle wegen angeblicher Qualitätsmängel verweigert hat. Doch alle diese Feststellungen sind im Grunde belanglos. Frankreich will kein leistungsfähiges Deutschland, will keine Bezahlung, Frankreich erhebt die Verwirklichung seiner geschichtlichen Ansprüche, Frankreich will den neuen Krieg.

Ein Zwischenfall in Lausanne.

Aus Lausanne wird gemeldet: In der Sitzung des Unterausschusses für Winderheitsfragen am Sonnabend kam es zu einem lebhaften Zwischenfall. Die Vertreter der drei alliierten Mächte verlesen Erklärungen, in denen sie den Türken noch einmal die Wünsche der armenischen, irak-dilbaciischen und bulgarischen Winderheiten zur Verfügung empfahlen und vor allem darauf hinwiesen, daß vielleicht nach dem Eintritt der Türken in den Völkerbund außerhalb des italienischen Vertrages den Armeniern eine gewisse Autonomie unter der Kontrolle des Völkerbundes ohne Beeinträchtigung der türkischen Souveränität verliehen werden könnte. Der türkische Delegierte Riza Kuri Bei, der bereits zu Beginn dieser Erklärungen seiner Unzufriedenheit über die Debatte Ausdruck verliehen hatte, verlangte wiederholt das Wort. Nachdem der italienische und der englische Vertreter gesprochen hatten, und der französische Vertreter seine Erklärung verlesen wollte, erhob sich Riza Kuri Bei und bemerkte, daß das Eintreten der Mächte für die betreffenden Winderheiten verständlich sei, da die Mächte an dem Unglück der Winderheiten allein schuldig seien. Die Türken haben sich aber mit dieser Frage nicht zu beschäftigen. Darauf verließ Riza Kuri Bei als Zeichen des Protestes die Versammlung. Der französische Delegierte gab dann Erklärungen ab, die in dem gleichen Sinne gehalten waren wie die italienischen und englischen Erklärungen. Anschließend tadelte der italienische Präsident des Unterausschusses das Auftreten Riza Kuri Beis und stellte fest, daß der türkische Delegierte eine erste Verantwortung gegenüber der Konferenz übernommen habe. Die Sitzung wurde dann geschlossen. Der Zwischenfall erregte in den Kreisen der Konferenz, vor allem unter den französischen Delegierten, große Erregung. — Die Führer der alliierten Delegationen beschäftigten sich in einem Schreiben an Ismet Pascha über den in der heutigen Sitzung des Unterausschusses für die Winderheitenfrage durch Riza Kuri Bei hervorgerufenen Zwischenfall.

Ismet Pascha beantwortete gestern das alliierte Beschwerde schreiben über den Zwischenfall in Unter-ausschuss für die Winderheitenfrage. Er erklärte, daß es sich um ein Mißverständnis handeln müsse. Der türkische Delegierte Riza Kuri Bei habe keinerlei beleidigende Absichten verfolgt. Der Zwischenfall sei dadurch provoziert worden, daß die bereits erledigte armenische Frage wiederum zur Debatte gestellt worden sei. Die türkische Abordnung bedauere den Zwischenfall und betrachte ihn als erledigt.

Die russische Abordnung überreichte gestern Abend dem Präsidium der Konferenz eine Note, in der sie feststellt, daß seit dem 30. 12. keine Übung der Meerengenfrage eingeleitet ist und keinerlei offizielle Mitteilung ausgegeben wurde. Aus einer Anfrage beim Generalsekretariat habe man zu verstehen gegeben, daß ein Abkommenprojekt für die Meerengenfrage, das gegenwärtig erörtert werde, in der nächsten Woche der russischen Delegation ausgestellt werden solle. Demgegenüber muß die russische Delegation mit Enttäun feststellen, daß ihr keinerlei Mitarbeit an diesem Abkommenprojekt gestattet wurde. Die russische Abordnung hält es für ihre Pflicht, nochmals zu erklären, daß jedes Abkommenprojekt über die Meerengenfrage nur unter Beteiligung aller im Meerengenausschuss vertretenen Mächte diskutiert werden könne. Die Abordnung hebt hervor, daß jede Verhandlung dieser Fragen außerhalb der Volltungen des Ausschusses eine Lösung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten erschweren und die Möglichkeit eines allgemeinen Abkommens verringern würde.

Der Wiederezusammentritt des Reichstages.

Am 16. Januar, nachm. 2 Uhr ist die nächste Sitzung des Reichstages in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung werden voraussichtlich stehen u. a. die 1. und 2. Beratung des Entwurfes über die Verbindlichkeit von Tarifverträgen, ferner die 1. und 2. Beratung über Finanzkredite für Verbesserung der öffentlichen Verwaltung. Ob die außenpolitische Debatte schon am ersten Tage stattfinden wird, hängt von den Beratungen im auswärtigen Ausschuss ab, der am nächsten Mittwoch tagt.

Die Beschlagnahme der Forsten, die Besteuerung der Rohle und die Zollmaßnahmen.

„New York Herald“ gibt von dem Programm, das die französische Regierung im Anschluß an die erwartete Feststellung einer angeblichen deutschen Verletzung in der Kohlenlieferungsfrage durchzuführen gedenkt, eine Darstellung, in der es heißt, nachdem die Reparationskommission der französischen Regierung ihren mit Stimmenmehrheit oder einstimmig gefaßten Beschluß über die Verletzung Deutschlands mitgeteilt haben werde, werde das französische Kabinett sofort zusammentreten und die Absichten Frankreichs formell notifizieren, sowie gleichzeitig ihre Alliierten zur Mitwirkung auffordern. Die Notifikation werde an sämtliche Alliierten einschließlich Englands gehen und eine Abschrift wahrscheinlich auch an die Vereinigten Staaten. Daneben werde Deutschland mitgeteilt werden, daß Frankreich und wenigstens auch Belgien — hinsichtlich Italiens bestünden noch einige Zweifel — zur Beschlagnahme der Forsten im Rheinland, zur Besteuerung der Rohle (Kohle) und in jedes Zollamt im Ruhrgebiet und an den Grenzen des Rheinlandes französische Beamte zur Einziehung der 26%igen Ausfuhrabgabe einziehen würden. Deutschland werde aufgefordert werden, diese Maßnahmen zu unterlassen, und von seiner Haltung werde der Umfang der militärischen Vorkehrungsmaßnahmen abhängen, die Frankreich bei der Durchführung dieses Planes treffen werde. In einem bestimmten Tage, der, wie man annehme, zunächst für Mitte nächster Woche angelegt sei, würden mehrere Tausend französische Beamte einschließlich eines Stabes von Ingenieuren sich auf die für sie bestimmten Forsten in den Forstverwaltungen, Bergwerksdirektionen und Zollämtern begeben. Sie würden von französischen Truppenabteilungen begleitet sein, die für ihren Schutz zu sorgen hätten und Streiks und Unruhen zu vermeiden sollten. Die hierfür erforderliche Truppenzahl werde nicht amtlich auf 7500 Mann geschätzt. Die Truppen würden aus dem Ruhrgebiet herangezogen werden, wo die Bevölkerung der Franzosen längere Zeit keine Sorgen gemacht habe. Im Rheinland und entlang der französischen Grenze seien in der Tat insgesamt 280 000 Mann verfügbar, falls die vorgesehenen Maßnahmen auf erstem Widerstand stoßen sollten. Zum Beweis ihrer Solidarität mit den Franzosen hinsichtlich dieses Vorgehens hätten die Belgier eine kleine Vertretung im Hauptquartier für jede Truppenbewegung anzuordnen, aber auch die belgischen Zivilisten in Nachen seien verhaftet worden, um gegebenenfalls als Reserve zu dienen. Sollte die Reparationskommission am 15. Januar, wenn diese Maßnahmen im Gange wären, beschließen, Deutschland auf Grund des von Poincaré aufgestellten Systems produktiver Garantien, gegen das England Einwendungen gemacht habe, ein Moratorium zu erwidern, dann würden die oben genannten französischen Maßnahmen neben dem Moratorium einbezogen. Für den Augenblick jedoch betrachte man Moratorium und Pfandnahme als unabhängig von einander.

„Le Nouvelliste“ teilt mit, während die Reparationskommission über die Anhörung von deutschen Vertretern in der Frage der Kohlenlieferungen verhandelte, hätten die Minister im Elysee eine Sitzung abgehalten. Jetzt ist der Augenblick der unwiderrücklichen Entscheidung gekommen, so hätten gut unterrichtete Leute geäußert. Das Blatt fährt fort: Wenn unsere Informationen richtig sind, so war es wenigstens der Augenblick der Willensentscheidungen. Es heißt, daß man auf die technische Verletzung verzichtet hat. Der allgemeine Eindruck ist der, daß das gesamte Vorgehen sich noch im Stadium der Hypothese befindet. An anderer Stelle schreibt die Zeitung: Gewissen Informationen zufolge soll der Generalkab nicht für eine Kooperation sein. Die Diktanten in dieser Angelegenheit scheinen die Zivilisierungsinteressen zu sein. Das vor einigen Tagen veränderte System der sogenannten technischen Verletzung soll wegen materieller Schwierigkeiten als erledigt gelten. Gleichzeitig müßte die Reparationskommission, ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Quai d'Orsay zu bekräftigen und ihre Absicht darzulegen, gerecht und korrekt zu verfahren. Man darf aus ihrem Beschluß ableiten, daß auch in der Angelegenheit des Moratoriums und in der Frage der vom Reichsanwalt Cuno auf Grund seiner ersten Verhandlungen mit den deutschen Industriellen vorgeschlagenen Wänder die Vertreter der deutschen Regierung gehört werden. Das Blatt hält es für möglich, daß der Unabhängigkeitsplan der Reparationskommission ebenso günstige wie unerwartete Ergebnisse zeitigen werde. Ueber den Verlauf des vorgeschlagenen Ministerbeschlusses schreibt das Blatt: Nach langer Erörterung, in deren Verlauf die Absicht sofortigen Vorgehens geäußert worden ist, hat sich der Ministerrat auf Vorschlag Poincarés auf den Standpunkt gestellt, daß die Regierung, bevor sie die Zwangsmaßnahmen durchführe, abwarten solle, bis die Reparationskommission die wiederholten Verletzungen Deutschlands festgestellt habe. „Le Nouvelliste“ fragt, wenn dieses Verbot in französischem Sinne seinen Abschluß gefunden habe, würde dann der Plan der Zwangsmaßnahmen durchgeführt? Am nächsten Dienstag solle ein neuer Ministerrat abgehalten werden, der sich wahrscheinlich zu dieser Angelegenheit noch einmal zu äußern haben werde.

„Temps“ veröffentlicht eine offenbar inspirierte Mitteilung, in der es heißt, es seien zahlreiche Nachrichten über die Maßnahmen verbreitet worden, die die französische Regierung Deutschland gegenüber zu treffen gedenke und über den Zeitpunkt, in dem dies geschehen würde. „Temps“ glaubt, daß alle Angaben hierüber einfache Vermutungen darstellen. Die französische Regierung habe ihre Absichten ihren Verbündeten bekanntgegeben, aber es liege kein Anlaß vor, Mitteilungen zu machen oder fremde Mitteilungen zu demüttern. Die französische Regierung werde sich bestimmen ihre Entscheidungsbefugnis hinsichtlich des Programms und des Zeitpunktes seiner Durchführung vorbehalten.

„Temps“ bemüht sich ferner, mit folgendem Erguß das französische Vorgehen dem englischen Volke schmackhaft zu machen: Warum laßt die amerikanische Forderung so drückend auf England? Weil England weder seine Forderung an Deutschland, noch seine Forderungen an die alliierten Nationen erhalten kann, und weil der Bierkrieg nach dem europäischen Kontinent aufhört. Woher rühren aber diese Ursachen? Wenn man die Lage untersucht, erkennt man, daß ihre zahlreichen Gründe alle zusammen sich auf einen Hauptgrund zurückführen lassen, auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Und warum schließlich ist Deutschland zahlungsunfähig? Nicht weil es unglücklich für die Reparationen bezahlt hat, das beweisen die Ziffern; nicht weil es mit maßlosen Schulden belastet ist. Wir haben seit langem nachgewiesen, daß der Gegenwertwert der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Goldmark zu schätzen ist. Der deutsche Staat ist einfaß deshalb zahlungsunfähig, weil er diejenigen, die die Entwertung der Mark bereichert hat,

nicht zum Zahlen bewegen konnte oder wollte. Undersoll würde Deutschland Kredit finden. Unmöglich würde sich alles einrichten, und England wäre in einer weniger großen Verlegenheit, wie es die Vereinigten Staaten bezahlen soll. Alles in allem handelt es sich also darum, festzustellen, warum gewisse Deutsche und zwar gerade diejenigen, die bezahlen könnten, nicht bezahlen, was sie müßten. Sie werden das nur tun, wenn sie dazu gezwungen werden. Das hat Frankreich ganz begriffen, und wahrscheinlich würden milde Sanktionen ausgereicht haben, wenn sie rechtzeitig erfolgt wären. Aber England ist Frankreich immer in den Arm gefallen.

„Journal“ glaubt behaupten zu können, daß die belgische Regierung für alle Fälle Vorkehrungen für die Überwachung einer Jahresklasse Willis treffe. Schon vor drei Monaten habe die belgische Regierung bei jungen Ingenieuren angefragt, ob sie bereit wären, die Leitung von Fabriken im Ruhrgebiet zu übernehmen. Die Antwort habe bejahend gelaute. Der Brüsseler Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß Belgien an einer Besetzung von Werken teilnehmen werde, falls diese nach Feststellung einer deutschen Verletzung als erste Maßnahme in Betracht käme. Auch der Berichterstatter des „Ceure“ meldet, daß eine Besetzung von Werken durch französische und belgische Truppen erfolgen werde.

Die „Matin“ mittelt, ist Sonnabend nachmittag unter Vorsitz von Millerand eine wichtige Beratung abgehalten worden, an der Poincaré, Kriegsminister Maginot, der Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer und Maréchal Foch teilnahmen. Die Sitzung, die über drei Stunden dauerte, habe die Durchführung der am Vormittag im Ministerrat beschlossenen Maßnahmen zum Gegenstand der Beratung gehabt.

Ministerpräsident Poincaré verhandelte gestern mit dem aus Lausanne eingetroffenen Delegierten Carrere und ferner mit dem Minister für öffentliche Arbeiten. Nach dem „Temps“ handelt es sich bei der letzteren Unterredung um die Prüfung technischer Fragen bei der Ausführung von gegen Deutschland zu ergreifenden Sanktionen.

Neuer berichtet, Somar Law habe beschloßen, den belgischen Kabinettsrat nicht einzuberufen, falls nicht andere Entwicklungen in der internationalen Lage eintreten. Der Premierminister warte ab, um die genaue Art der unabhängigen Aktion kennen zu lernen, die Frankreich im Ruhrgebiet beabsichtige. Wenn die Haltung feststehe, werde die britische Regierung eine endgültige Erklärung über die britische Politik abgeben. Die britische Währungsfrage des Einmarsches ins Ruhrgebiet und die Entwertung des Franken müßten ein Jögern bei Frankreich hervorruhen. Die Schwierigkeit, die jede wirtschliche Bevölkerung zu zwingen, sei ein weiterer Faktor, der erwogen werden müsse.

Die Sonnabend-Sitzung der Reparationskommission.

Die „Temps“ mittelt, hat im Laufe der kurzen Verhandlungen der Reparationskommission am Sonnabend vormittag Braburn mit einigen Worten die Befolgung des Friedensvertrages und die unerhörte Unerschlichkeit der Rechte und Vollmachten der Kommissar anempfohlen. Nachdem diese am Sonntag Abend oder am Dienstag morgen sich über den französischen Vorschlag, die deutsche Verletzung in der Kohlenlieferungsfrage festzustellen, ausgesprochen habe, werde sie mit den Verhandlungen über das deutsche Moratorium am 13. November beginnen.

„Chicago Tribune“ berichtet: In Paris macht eine Bemerkung Aufsehen, die Braburn, als er gegen die Feststellung einer deutschen Verletzung in der Frage der Holzlieferungen sprach, vor einigen Tagen fallen ließ. Er äußerte: „Zeit das höhere Werk von Troja gebaut wurde, ist Holz niemals zu einem solchen abscheulichen Zweck verwendet worden.“ Er erklärte den Vorschlag, eine vorsichtige Verletzung Deutschlands festzustellen, für unbegründet, da die Kommission sich selber damit einverstanden erklärt hätte, daß die Angelegenheit geschäftsmäßig behandelt würde. Die Bemerkung Braburns ist in Pariser amtlichen Kreisen allgemein bekannt geworden.

Wie die „Chicago Tribune“ ferner mittelt, hat die Reparationskommission beschlossen, den im Friedensvertrag für Amerika bestimmten 25prozentigen Anteil an den deutschen Kohlenlieferungen unter Frankreich, England, Belgien und Italien aufzuteilen, weil die amerikanische Regierung es unterlassen habe, ein Organ zur Übernahme der Lieferungen namhaft zu machen. Das Blatt schreibt, haben die Kohlenlieferungen im vergangenen Jahre einen Wert von annähernd 10 Millionen Dollar gehabt, der sich in diesem Jahre noch erhöhen soll.

Die Haltung Amerikas.

Gleichzeitig mit dem Dementi der Nachricht über eine bevorstehende Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zur Regelung der Reparationsfrage seitens der amerikanischen Regierung hat diese nach den in Paris erscheinenden amerikanischen Blättern ihre Absichten für die nächste Zukunft halbamtlich wie folgt dargelegt: Staatssekretär Hughes wird die inoffiziellen Verhandlungen wieder aufnehmen, um festzustellen, ob die Mächte jetzt zur Teilnahme an einer internationalen Sachverständigenkonferenz bereit wären, an der die Vereinigten Staaten teilnehmen würden, um eine angemessene Reparationssumme vorzuschlagen. Bejahendenfalls solle jede politische Erörterung der Reparationsfrage aufgegeben werden, bis die erwähnten Sachverständigen zusammentreten wären und ihre Vorschläge gemacht hätten. Werde die Ausführung dieses Planes verhindert, so würden die Vereinigten Staaten der Welt klar machen, auf welcher Seite die Verantwortung liege. Falls die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschieren, würden die Vereinigten Staaten bestigen Einspruch erheben und das Vorgehen Frankreichs werde in diesem Falle vielleicht die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein zur Folge haben. Inoffiziell habe Staatssekretär Hughes, als er nach Schluß der Kabinettsitzung, die sich Freitag vormittag mit der Angelegenheit befaßte, befragt wurde, erklärt, Amerika könne nichts tun, wenn Europa es nicht um Hilfe anbe, und das sei offiziell noch nicht geschehen. Die Blätter betonen, daß die Vereinigten Staaten vor allem von Frankreich Orgenvorschläge zu dem Konferenzplan des Staatssekretärs Hughes erwarten.

Nach Meldungen aus Washington ist die amerikanische Handelskammer im Begriff, auf Eruchen von Persönlichkeiten, die am deutschen Geschäft interessiert sind, nochmals die Frage der Bildung eines Ausschusses von Geschäftsleuten zu prüfen, die eine Untersuchung über die Sachlage

fähigkeit Deutschlands verhalten soll. Das Büro der Handelskammer beabsichtigt, Nachrichten über die Aufnahmen der Wirtschaft in den alliierten Ländern einzusehen und über die Sache Bescheid zu lassen, bevor die internationale Handelskammer am 18. März in Rom zummentritt, die sich u. a. mit der Reparationsfrage beschäftigen wird.

Nach einer Mitteilung aus Washington hat der Senat die Entschliessung Reed's angenommen, welche die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande fordert. — Die Reuter weiter aus Washington meldet, hat der Senat zu der Entschliessung Reed's einen Zusatz angenommen, der festsetzt, daß in der Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinlande eine Unfreundlichkeit gegen irgendeine der durch diese Maßnahme betroffenen europäischen Nationen nicht erblickt werden dürfe. Im Laufe der Erörterung über die Entschliessung Reed im Senat erklärte Lodge, er würde es im Augenblick als ein Unglück erachten, wenn irgend etwas unternommen würde, was Grund zu der Annahme gäbe, daß die Vereinigten Staaten bei der Auseinandersetzung innerhalb der Reparationskommission Partei ergreifen. Er gebe diese Erklärung ab unbeschadet der Tatsache, daß er für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland sei.

Die Möglichkeit eines Eingreifens Amerikas in die europäischen Angelegenheiten ist verringert worden durch den Senatsbeschluss über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein. Die amtliche Stellung zu der gegenwärtigen Lage wird bezeichnet als die eines „wohlwollenden Zuschauers“.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington hat Senator Reed eine Entschliessung eingebracht, derzufolge das Staatsdepartement bei der englischen Regierung anfragen solle, ob sie bereit sei, zur Regelung ihrer Schuld bei Amerika über die Abtretung von Trinidad zu verhandeln. Ebenso solle von Frankreich die Abtretung gewisser zu den Antillen gehöriger Inseln verlangt werden.

Fransösische Rundgebungen für eine friedliche Regelung.

Freitag abend hat in Paris eine von der französischen Gewerkschaftszentrale, der sozialistischen Partei und der Liga für Menschenrechte veranstaltete Rundgebung zu Gunsten einer friedlichen Regelung der Reparationsfrage stattgefunden. Für die Gewerkschaften sprach Jouhaux, für die Partei Abgeordneter Blum, für die Liga der Abgeordneten und ehemalige Minister Paul Boncour. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Versammlung feierlich eine Politik ablehnt, die Frankreich zum mindesten dem Verdacht aussetzt, die verschleierte Annexion deutschen Gebietes oder die Behinderung der deutschen Einheit zu betreiben, also gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verstoßen. Dadurch, daß die Reparationen der Entente ihre Gegensätze unvermindert aufeinanderstoßen ließen, leisteten sie den deutschen Kapitalismus nur zum Widerstande und befestigten in Deutschland die Reaktion. Nach dem Eingeständnis der Regierung selbst verdränge die französische Reparationspolitik nicht die mindeste Sinnabgabe; dafür foliere sie aber Frankreich. Die Versammlung erklärt sich gegen eine Veralltätigung und Militärvollmacht und verlangt, daß der Konflikt einem Schiedsgericht des Völkerbundes unterworfen werde.

In Marseille und Toulon haben gestern die sozialistische Partei, die Liga für Menschenrechte und der Allgemeine Gewerkschaftsbund Rundgebungen veranstaltet. Es wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Politik wendet, die auf eine Zurückziehung Deutschlands und gegen die Rechte der Völker, über sich selbst zu verfügen, gerichtet ist. In der Reparationsfrage und in der Frage der Ausführung des Friedensvertrages von Versailles solle ein Schiedsgericht des Völkerbundes entscheiden.

Der englische Arbeiterführer Macdonald über die Reparationsfrage.

Neuer aufgabe hielt der englische Arbeiterführer Ramsay Macdonald am Sonnabend in Port Talbot eine Rede über die Reparationsfrage, in der er sagte: Ich glaube, es ist höchste Zeit, daß wir uns klar machen, daß die Probleme, welche wir jetzt zu lösen haben, von neuem in Angriff genommen werden müssen. Wir sollen hier aber nur den Anfang machen angesichts der Tatsache, daß Frankreichs Politik gegen uns stehen wird. Ich halte noch immer die Ansichten aufrecht, die die Arbeiterpartei vor 3 Jahren verkündet hat:

1. Die Reparationssumme muß endgültig festgesetzt werden.
2. müssen sowohl die Zahlungen als auch die Sachleistungen so sein, daß Deutschland sie leisten kann und daß die empfangenden Länder sie aufnehmen können.
3. sie müssen nicht lediglich darnach bemessen werden, was Deutschland jetzt leisten kann, sondern darnach, was es bezahlen kann, wenn es sich nach Ablauf des notwendigen Moratoriums erholt hat. Schließlich sollen wir uns bei unferer Reparationspolitik nicht scheuen, der Welt in bestimmter Weise zu erklären, daß wir uns um eigene nationale Interessen kümmern müssen, und sie nicht lediglich zu dem Zweck opfern können, um das Bündnis mit Frankreich oder irgend einem anderen Lande im Gleichgewicht zu halten.

Die Reichsregierung zu den Kohlenlieferungen.

Die französische Presse veröffentlicht eine Zeitschrift der französischen Regierung über die deutschen Sachlieferungen, die anscheinend der Pariser Konferenz als Material vorgelegt worden ist. Zweck dieser Zeitschrift ist, den Nachweis zu erbringen, daß Deutschland nicht nur die besten Kohlenlieferungen, für die der eine deutsche Verbleib feststehende Beschluß der Reparationskommission ergangen ist, sondern auch bei der Lieferung von Kohle, Wasser, Eisen, Schotter und Stroh und in der Behandlung der sogenannten Le Trocuerischen Klänge gegenüber den ihm obliegenden Verpflichtungen sich systematisch absichtliche Verfehlungen habe zuzuschreiben können lassen.

Die Reparationskommission hat für heute, Montag, den 8. Januar 1923, Vertreter der deutschen Regierung nach Paris eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, zu der Frage der angeblichen Verletzung in den Kohlenlieferungen ihren Standpunkt darzulegen. Voraussichtlich werden sich zu diesem Zweck der Regierungsrat Kappeler vom Wiederaufbauministerium, der Direktor des Kohlenkontrollates Hüben und der Vertreter des Reichskohlenkommissars Herr Wallmischrad nach Paris begeben.

Zu den Ausführungen der französischen Zeitschrift bezüglich der Kohlenlieferungen wird dem WZV. von unabhängiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Die französische Regierung vergleicht die Kohlenlieferung an Kohlen in den ersten elf Monaten des Jahres 1922 an Frankreich und Luxemburg mit der Kohlenlieferung nach den Nachbarländern des Friedensvertrages einerseits und den Programmschritten der Reparationskommission andererseits. Sie stellt ein Defizit von rund 2,2 Millionen Tonnen gegenüber den letzteren fest, das sie als absichtlich herbeigeführt bezeichnet. Der Vergleich der deutschen Kohlenlieferungen mit den im Friedensvertrag vorgesehenen Zahlen der Kohlenlieferungen ist abwegig, da diese Zahlen nur die Höchstgrenze bezeichnen, die nur soweit ausgeübt werden darf, als es die lebensnotwendigen Bedürfnisse Deutschlands ausfallen.

Die Reparationskommission hat demnach mit autem Grunde diese Ziffern erheblich herabgesetzt, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße, wie es von der deutschen Regierung als unbedingt notwendig nachgewiesen ist. Unter diesen Umständen ist es als außerordentliche Leistung Deutschlands zu bewerten, wenn es ihm gelungen ist, die Kohlen für Frankreich und Luxemburg, wie die Zeitschrift behauptet, zu 84,4 Prozent zu erfüllen.

Im übrigen ist das Defizit zum größten Teil auf willkürliche Weigerungen Frankreichs bei der Abnahme wegen angeblicher Qualitätsmängel (besonders bei Koks) zurückzuführen.

Die Beschwerde Frankreichs, daß das Lieferprogramm der Reparationskommission gegenüber den Vorkriegsleistungen monatlich um 300 000 Tonnen zurückbleibe, bedarf einer zahlenmäßigen Klärung. Unter der deutschen Aufsicht von 17,5 Millionen Tonnen im Jahre 1918 nach Frankreich (einschließlich Elbe-Lothringen) und Luxemburg befanden sich etwa 2,8 Millionen Tonnen von den Saar- und lothringischen Becken, über deren Förderung Frankreich heute selbst verfügt. Es bleiben somit rund 15 Millionen Tonnen oder monatlich 1,25 Millionen Tonnen, also eine Menge, die sich ungefähr mit der durchschnittlichen Anforderung der Reparationskommission deckt. Die Priorität Frankreichs an den Kohlenlieferungen zum Ausgleich des durch die Beschädigung und Zerstörung von Gruben verursachten monatlichen Ausfalls von etwa 800 000 Tonnen ist überdies (nach Abzug von monatlich 300 000 Tonnen für den Verbrauch im Saargebiete) reichlich durch die Saargebiete gedeckt, die über eine Million Tonnen im Monat fördern. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß ein monatlicher Anteil des Förderertrages in den Bergbaugebieten nicht in der Beschädigung der Becken, sondern in dem allgemein beobachteten Rückgang der Arbeitsleistungen der Bergarbeiter begründet ist. Im übrigen kann das Jahr 1918 infolge der gänzlich veränderten innerwirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands weder Maßstab für die heutige deutsche Kohlenabgabe an Frankreich, noch für den heute notwendigen eigenen Bedarf innerhalb der jetzigen deutschen Grenzen sein.

Interessant und besonders beachtlich wegen der Beweggründe sind die Ausführungen über die Deckung des französischen Kohlenbedarfes. Es wird darin festgestellt, daß die französischen Hochofen eine Leistungsfähigkeit von rund 10 Millionen Tonnen Eisen jährlich haben, wovon zurzeit nur etwa 50 Prozent ausgenutzt werden. Dagegen wird die Ausnutzung der deutschen Oefen auf mehr als 80 Prozent geschätzt und die Meinung vertreten, daß dieses Verhältnis durchaus unbillig wäre. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß die deutsche Volkswirtschaft einen erheblichen Teil ihrer Hochofenanlagen in Lothringen und Luxemburg verloren hat, so daß sie gezwungen ist, die ihr verbliebenen Anlagen um so härter auszunutzen, zumal da sie häufig nicht imstande ist, die für die weiterverarbeitenden Werke nötigen Roh- und Halberzeugnisse unter den heutigen Salutarverhältnissen im Ausland zu kaufen.

Es ist an sich verständlich, daß sich die französische Industrie, deren Konkurrenzfähigkeit im wesentlichen nicht auf ihrer Leistungsfähigkeit, sondern auf dem Bezuge des billigen deutschen Reparationskokes beruht, mit allen Kräften gegen die Möglichkeit wehrt, die Zwangslieferungen des Friedensvertrages durch Lieferungen im freien Verkehr gegen Verzahlung ersetzt zu erhalten. Was diese Forderung aber mit einer angeblichen Verletzung der deutschen Regierung in den Kohlenlieferungen zu tun hat, ist nicht verständlich, da die deutsche Regierung noch niemals eine solche Forderung gestellt hat.

Die Lohnbewegung im Ruhrgebiet.

Nach einer Meldung der „Montagspost“ aus Bochum hielt am Sonntag im ganzen Ruhrgebiet der Räte Bergarbeiterverband Versammlungen ab, in denen der von den Vertretern der Arbeitnehmer in den Berliner Verhandlungen über die Lohnfrage eingenommene Standpunkt gebilligt wurde.

Der Einspruch der Rheinländer.

Nach der „Rheinischen Volkszeitung“ wurde gestern in einer Zentrumsversammlung in Köln, in der der frühere Reichskanzler Dr. Wirth sprach, eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der es heißt: Wir Rheinländer erheben mit tiefer Empörung Einspruch gegen die von Paris aus ausgehenden neuen Vergewaltigungen. Diese Politik dient nicht den Reparationen, sie schafft nur neue Verzerrung und Verstärkung. Sie ebnet nicht den Weg zum Völkerfrieden, sie sät einen tiefen glühenden Haß, der früher oder später zu einer unheilvollen Grante reifen muß. Das alles geschieht um politischen Ziele willen, die wohl verheißt, aber nicht verborgen werden können. Diese Ziele werden niemals verwirklicht werden. Keine Macht der Welt ist stark genug, die Bande, die das Rheinland und das Reich verbinden, zu zerreißen. Rheinland! Schließe die Reihen! Fort mit Keimut und Vergaßtheit! Weg die Gewalt zur geblühenden Triumphe feiern, unser gutes Recht ist stärker als je, wenn nur der Wille, der es trägt und schützt, nicht schwach wird. Reich und Rheinland auf ewig ungeteilt.

Polens Schwächezustand.

Man hört vielfach Aeußerungen der Verwunderung darüber, daß der neue polnische Staat trotz an sich günstigster wirtschaftlicher Vorbedingungen aus dem Gebiete der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung und trotz des weitgehenden politischen Wohlstandes seitens der maßgebenden Ententestaaten sich immer noch in einem Zustande befindet, den man wohl als ein schlechtoorganisiertes Chaos bezeichnen kann. Selbst die Auteilung des blühenden ober-schlesischen Industriegebietes und vor kurzem erst wieder die Ankündigung der Einführung polnischer Währung in Oberschlesien haben die polnische Saluta in ihrer Weltstellung durchaus nicht so beeinflusst, wie man es erwarten hat. Der Hauptgrund für die innere Schwäche Polens ist die Art des Aufstiehes dieses Landes und die Zusammenlegung von Gebiet und Bevölkerung. Um das neue, schon vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte immer ausgesprochen ententefreundlich sich einstellende Staatsgebilde zu beschützen, ist man seinen territorialen Forderungen weiter entgegen gekommen, als es für das Land selbst segensreich war. Auf der anderen Seite ist aber infolge einer Kette von Kompromissen die Grenzführung durchaus nicht günstig bemessen worden. So ist heute der Zustand geschaffen, daß von den 31 Millionen Menschen in Polen nur 16 Millionen als Polen bezeichnet werden können. Es handelt sich also unter den Völkern des weißen Adlers um ein Nationalitätengemischel, noch bunter, als es leimerzeit in langem geschichtlichen Werden sich unter dem habsburgischen Doppeladler zusammengefunden hat. Neben den über das ganze Land verstreuten, vorwiegend in den Städten sitzenden Juden finden sich Ukrainer, Deutsche, Weißrussen und Nationalrussen. Von den kleineren Völkern ist gar nicht zu reden. Gibt es doch in den Randgebieten Gegenden, in denen nur 15 Prozent Polen haufen. Die halbpolitische Behandlungsmethode der Fremdnationen treibt nun alle Minderheiten in eine Oppositionsstellung gegen den Staat, der ihre Eigenart auf jede Weise zu unterdrücken versucht. Überall bilden sich Arrondement. Der

offiziellste Zustand ist nur ein Vorläufer von größeren Bewegungen, die bei jeder günstigen Gelegenheit naturnotwendig entstehen müssen.

Aus der Entstehungsart des Staates ergibt es sich auch, daß viele wichtige Provinzen mit ihrem wirtschaftlichen und verkehrswirtschaftlichen Schwerpunkt nicht nach der Hauptstadt, sondern nach ausländischen Mittelpunkten hinneigen. Auch Familienbände und persönliche Sympathie in weiten gewaltigen Bevölkerungsgruppen über die durch das Versailles Diktat geschaffenen Grenzen. Die Tatsache, daß aus der russischen Zeit gar kein Beamtenstand vorhanden war, macht sich überall während bemerkbar. Die an sich schon nicht starke staatenbildende und politisch-schöpferische Kraft des polnischen Volkstums wird neben den genannten Erscheinungen außerdem noch durch ein leidenschaftliches Parteigetriebe zerstreut und gelähmt. Während in den unentwickelten Plänen geschwebt werden, um das Schwarze Meer mit der Ostsee zu verbinden und die Industrieviertel durch Kanäle zu erschließen, während auf dem Papier in die als Kornkammern gedachten Gegenden Bahnlücken projektiert werden, verkommen und verfaulen die durch Polen führenden Ströme und heute können vielfach kaum noch Schlepplöcher dort fahren, wo früher schwereladene Dampfer einherzogen. Als Beispiel für die wirtschaftliche Unfähigkeit des Landes kann Oberschlesien angesehen werden, wo sich heute schon überall schwere Erschütterungsercheinungen bemerkbar machen. Lediglich die Tüte des ausländischen Kapitals vermag hier und da die Wirtschaft zu befruchten. So ist es an sich durchaus nicht verwunderlich, daß die Welt kein Vertrauen zu dem neuen Staate fassen will, zumal Polen in seiner heutigen Gestalt auf Gebrech und Verderb mit dem Bestehen der Friedensdiktate und der Vorherrschaft Frankreichs in Europa verknüpft ist. Diese Tatkate sind aber ebenso wie Frankreichs Sabelregiment, so hofft wenigstens alle Welt, soweit sie urteilsfähig ist, keine ewiggleichen Truppen, können es nicht sein, wenn die Weltgeschichte einen vernünftigen Sinn hat.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Protestveranstaltungen der Berliner Mieter. In Berlin fanden gestern in allen Verwaltungsbezirken 80 Mieterversammlungen als Protest gegen die Mietentsetzungspolitik des Magistrates statt. Es wurde eine einheitliche Entschliessung angenommen, in der insbesondere die Herabsetzung der Grundmiete und der Verwaltungsstellen gefordert wurde. In den Verwaltungsbezirken Friedrichshagen und Hallesches Tor drohte die Versammlung mit dem Mieterstreik, falls die Mieterlasten weiter gesteigert werden sollten.

Belgien.

Der Eisenarbeiterstreik in Antwerpen. Der Minister für Industrie und Arbeit empfing Vertreter der streikenden Antwerpener Eisenarbeiter und ihrer Arbeitgeber. Im Verlauf der sich anschließenden Verhandlung wurde beschlossen, daß die Arbeit am Dienstag wieder aufgenommen wird. Die Verhandlungen werden im Eisenamtshaus fortgesetzt. Sollten diese nicht zu einem Uebereinkommen führen, so würde ein von beiden Seiten angenommenes Schiedsgericht die Entscheidung fällen.

Griechenland.

Das politische Programm des revolutionären Komitees. Der Vorsitzende des revolutionären Komitees kündigte die Veröffentlichung eines politischen Programms an. Dieses zielt auf die Schaffung von Vereinigungen der nationalen Wohlfahrt im ganzen Königreiche hin. Zweck dieser Vereinigungen solle sein die Vervollständigung des Wertes der Revolution durch endgültige Beilegung des „Konstantinismus“, die Abschaffung der persönlichen Politik treibenden Parteien, Ausgleich des Zwiespalts im Bürgertum, Wiederherstellung des sozialen Friedens, Schaffung eines neuen gesunden Lebens durch Organisation von Parteien der Grundidee, nicht der Verlogen. Das Programm solle dem nationalen Wohle, dem inneren Frieden, der Wiederherstellung des Finanzwesens und der politischen Reuegestaltung dienen. Das Wohl der Nation suchen wir, so heißt es am Schluß, sicher zu stellen, und zwar auf diplomatischem Wege, indem wir die Vertretung Griechenlands im Auslande dem größten griechischen Staatsmann anvertrauen, und militärisch, indem wir das griechische Heer umgestaltet haben, sodas es die Sicherheit und Ehre des Vaterlandes verbürgen kann.

Sina.

Das neue Kabinett ist gebildet worden. Ministerpräsident ist General Tschang Siao Tseng, Minister des Aeußeren Alfred Sze und Finanzminister Liu Juan.

Wirtschaft.

Die Linke-Hofmann-Bauchhammer-W.G. hat vom lettischen Verkehrsministerium einen Antrag zum Bau von 40 Lokomotiven und von der lettischen Eisenbahnverwaltung einen Lieferungsantrag von 10 Personen- und 10 Güterwagen für die Smilten-Depnack-Linie erhalten.

Wirtschaftliche.

Auf dem Wochenmarkte zu Großenhain stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Weizen 15 bis 35 M., Hirsen 30 M., Ger., das Stück 70 bis 75 M., Kartoffeln 6 M., Grünkohl 15 M., Rosenkohl 100 M., Kohlrabi 8 M., Rotkraut, hiesiges, 40 bis 45 M., Weißkraut, hiesiges, 25 M., fremdes 35 M., Weißkraut 25 M., Meerrettich 80 M., Möhren 10 Mark, Rettiche 6 M., Sellerie 25 M., Spinat 40 M., Kohlrüben 6 M., rote Rüben 12 bis 15 M., Zwiebeln 80 bis 35 M., die Heide 180 M.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktembörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 18900—18700, Rubiger, Roggen, märkischer 15100 bis 15500, pommerscher 14900—15000. Etwas schwächer: Sommergerste, märkische 18100—14000. Stroh, Hafer, märkischer 18800—14300, pommerscher 12900—13600. Schwächer: Weizenmehl pro 100 kg 45500—49500. Feinste Marken über Roggen bezahlt. Stroh, Roggenmehl pro 100 kg 41500—45500. Stroh, Weizenmehl 8500—8700. Roggenmehl 8800—9000. Stroh, Raps 27500—2800. Fester, Erbsen, Vittoria 80000—82000. Helles Speiseerbsen 27000—28500. Futtererbsen 18000—20000, Weizen 28000—29000, Lupinen, blaue 17000—18000, Lupinen, gelbe 21000—24000, Serradella 88000—41000, Rapskuchen 11000—11500. Erbsenmehl 6800—6500. Vollwertige Futtererbsen 8800—9000. Zerkleinerte 80/70 4200—4400. Kartoffelflocken 8700—9000.

Fortwährend

werden Bestellungen auf das Messer Tageblatt entgegengenommen. Man wende sich an sein unabhängiges Postamt oder an seinen Briefträger, an einen Zeitungsausdräger oder an die Tageblatt-Verkaufsstelle in Krefeld, Poststraße 59.